

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezücker
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 M bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 M; durch die Post monatlich 2.60 M freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangswise Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 127

Dienstag, den 3. Juni 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Im Monat Mai 1930 werden folgende Steuern fällig:

Am 5. d. M. Aufwertungssteuer

Die Pflichten werden aufgefodert, die fälligen Beträge zur Vermeidung zwangs-
weiser Beitreibung alsbald an unser Steueramt abzuführen. Schriftliche Mahnung
erfolgt nicht.

Am 15. d. M. Staats- u. Gemeindegewerbesteuer. 1. Term. Vorauszahlungen 1930
Bis zur endgültigen Veranlagung der Gewerbesteuer 1930 sind Vorauszahlungen in
Höhe von ein Viertel der Jahressteuerbeträge 1929 zu entrichten. Das Mahnverfahren
beginnt am 23. d. M.

Vom Tage der Fälligkeit der Steuern ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. S. jährlich.
Pulsnitz, am 3. Juni 1930.
Der Stadtrat

Mittwoch, 4 Juni 1930, vormittags 11 Uhr in Pulsnitz, Restaurant zum Bürger-
garten sollen gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden:

2 Schreibmaschinen, 1 Tafel mit Fächern, 1 großes Regal mit Fä-
chern, 1 Kommode, 1 Tisch, 2 Schreibpulte, 100 kg Leinenabfallgarn
und 1 Wintermantel

Pulsnitz, am 3. Juni 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg
haben im

Das Wichtigste

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Newyork hat der Senat am
Montag ohne namentliche Abstimmung das deutsch-amerikanische
Schuldenabkommen angenommen. Die Vorlage, die bereits vom
Repräsentantenhaus angenommen ist, geht nunmehr dem Präsidenten
zur Unterschrift zu.

Die Passagierliste des „Graf Zeppelin“ ist noch nicht abgeschlossen.
Vermutlich werden 22 Ehrengäste an der Rückfahrt teilnehmen.
Als neue Passagiere kommen noch hinzu der Polarforscher Wilkins
und dessen Frau. Der Infant Alfonso und der Leibarzt des Königs
von Spanien, Dr. Megias, fahren ebenfalls bis Sevilla mit.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Das Blumenbrett

Nicht überall und zu jeden Menschen kommt die Natur
bis an das Haus heran. Wer alt oder krank ist, kann nicht
unter dem grünen Dach der Bäume wandeln, von denen in
der lärmfernen Stille der Parks und Gärten eine wohlige
Ruhe niederrieselt. Hier fängt das Blumenbrett vor dem
bescheidensten Fenster die weite Welt ein und läßt ein Stück-
chen Gottesgarten aus ein paar Kübeln entstehen. Es mögen
ihnen nur zwei oder drei Topfpflanzen sein, und ewige We-
lobie der Sehnsucht nach der Teilnahme am Dem des Alls,
nach dem Miterleben des geheimnisvollen, das in Myriaden
von Fäden von Alt zu Alt, von Zweig zu Zweig „Märchen
noch so wunderbar“ spinnt.

Aber nicht jedes Blumenbrett ist ein solches verschwunde-
nes Märchenloß, in dem die Gedanken nach überallhin
schweifen, bis zurück in die Tage sorgloser Jugend. Manche
scheinen in einen Steinrahmen eingeklemmt, nebensächlich, ober-
flächlich, belanglos. Man glaubt ihrem kümmerlichen Leuchten
die wenige Liebe anzusehen, mit denen sich die Bestzer
ihnen verbunden fühlen. Sie hocken wie Mauerblümchen in
ihren grünen Kästen und sehnen sich vielleicht müde nach
ihren Schwestern draußen im freien Plan. Kaum daß ein
Vogelruf ihr Dasein verschönt. Und ähnlich mögen die
Menschen sein, die sich in der Enge von vielleicht nur vier
Wänden erdverbunden fühlen, selbst wenn das bißchen Blu-
menerde die einzige Scholle ist, die sie ihr Eigen nennen.
Blumen vor dem Fenster spiegeln die Seelen derer wider,
die hinter dem Scheiben wohnen.

Aber dann wieder bleibt das Auge an Blumenbrettern
haften, die wie ein lebendiger Hymnus an die Freude aus
dem Mauerwerk herauslachen. Bunt, wie eine Sommer-
wiese, über die die Falter in Sonnenfeligkeit gaukeln. Das
ist wie jubelnde Bejahung des Daseins, auch wenn das
Blau des Himmels nur hoch oben in einem kleinen Aus-
schnitt vorbeizieht und die Sonne, die kaum oder nur mit
einem flüchtigen Gruß streichelt. Als wollten sie ein sicht-
bares „Troja-Abem“ sein. Und man denkt, das müssen
Menschen sein, die sich in der Enge von vielleicht nur vier
Wänden erdverbunden fühlen, selbst wenn das bißchen Blu-
menerde die einzige Scholle ist, die sie ihr Eigen nennen.
Blumen vor dem Fenster spiegeln die Seelen derer wider,
die hinter dem Scheiben wohnen.

Pulsnitz. Jubiläum. Heute vollenden sich 25 Jahre,
daß Herr Gastwirt Anton Rataj Inhaber des beliebten Aus-
flugsortes „Waldschlößchen“ ist. Das Ehepaar Rataj hat
es verstanden, ihre Lokalitäten mit schönem Garten dem
Publikum so behaglich als möglich zu machen und war auch
stets bestrebt, mit der Neuzeit fortzuschreiten. Zum heutigen
Jubiläumstage wünschen wir den wertgeschätzten Wirtsleuten
auch für die nächsten Jahre alles Gute und Freude in
ihrem Beruf.

Beamtenabbau und Pensionskürzungen für Doppelverdiener

Berlin. Das Ausgaben-Senkungs-Gesetz
vom Reichsfinanzminister jetzt dem Reichskabinett vor-
gelegt worden. Entgegen anderslautenden Meldungen
handelt es sich nicht um einen Abbau der zur Zeit im Dienst
befindlichen Beamten, sondern um einen allmählichen
Rückbau und um eine Zurückschraubung der Be-
amten in den Ministerien um 10 Prozent. Eine
Pensionskürzung ist nur in begrenztem Umfang und nur
für Doppelverdiener vorgesehen.

Das Ausgaben-Senkungs-Gesetz war schon von der
letzten Regierung in Aussicht genommen. Das Reichsfinanz-
ministerium will versuchen, jene Forderungen zu erfüllen,
die seit langem von der Parteien und von der Öffentlichkeit
nachdrücklich gewünscht wurden.

Das umstrittene Notopfer.

Das Reichskabinett berät über die Deckung
des Defizits.

Das Reichskabinett tritt am Dienstag nachmittag zu
einer Beratung über die Deckung des Defizits im
Etat und über das Ausgaben-Senkungs-Gesetz zu-
sammen. Das Kabinett beschäftigt sich in dieser Sitzung zu-
nächst mit der Reform der Arbeitslosenversiche-
rung und mit der Erhöhung der Beiträge zur
Arbeitslosenversicherung um 1 Prozent. Weiter
setzt das Kabinett den Versuch fort, durch eine Ver-
längerung des Kontingents der Zigarettenindustrie und durch
den Plan eines Notopfers das Defizit, das jetzt schon weit
über 750 Millionen hinausgeht, wieder auszugleichen.

Im Zusammenhang mit den Einzelheiten der Erhöhung
der Arbeitslosenversicherung, die noch stark umstritten sind,
wird der Plan eines Notopfers im Kabinett in den verschie-
densten Formen erwogen. Der Reichsfinanzminister hat zwar
einen Entwurf für das Kabinett fertiggestellt, der offenbar
nicht an einen Zuschlag auf alle Einkommen denkt, sondern
auf ein sogenanntes Notopfer der Festbesoldeten hinausgeht.
Sehr umstritten ist die Einkommensteuerhöhe, bis
zu der das Notopfer gezahlt werden soll.

Nicht neue Steuern, sondern stärkste Ausgaben-senkung.

Reichsminister a. D. Dr. Scholz über Finanzpolitik und
Reichsreform.

Münster. Anlässlich des Wahlkreis-Parteitages West-
falen-Nord der Deutschen Volkspartei sprach Reichsminister
a. D. Dr. Scholz über die politische Lage. Er wies darauf
hin, daß eine Umkehr von unserer gesamten Finanzpolitik
notwendig sei. Die Stellung des Kabinetts Brüning sei
innerlich so stark, wie bei kaum einer Regierung zuvor. Der
Fehlbetrag von 750 Millionen beruhe im wesentlichen auf der
ungeheuren Arbeitslosigkeit. Eine Sanierung
der Wirtschaft sei notwendig, wenn steuerliche Einnahmen in
steigendem Maße aus Deutschland herausgeholt werden
sollen.

Im Augenblick seien nicht neue Steuern, sondern
stärkste Ausgaben-senkung auf allen Gebieten erfor-
derlich. Es sei falsch, das sogenannte Notopfer auf
Beamte und Festbesoldete zu beschränken. Ein solches
einseitiges Notopfer sei mit Entschiedenheit abzu-
lehnen.

Mit gewissen Zwangsmaßnahmen für eine Preissenkung
ließe sich vielleicht ein Notopfer erreichen, daß alle Schichten
der Bevölkerung umfasse. Auch die Beamtenschaft würde sich
wohl bereithalten, mit den anderen Volksgenossen zusammen
ein solches Notopfer in Gestalt gekürzter Löhne

und Gehälter zu bringen. Was die Frage der Land-
wirtschaftshilfe angehe, die zum vorläufigen Abschluß ge-
kommen sei, so dürfe die Bedeutung der Landwirtschaft in
der Gesamtwirtschaft nicht unterschätzt werden. Seine Partei
sei bereit, mit noch stärkeren Mitteln die Landwirtschaft zu
fördern.

Die Frage der Hilfe sei nicht nur vom landwirt-
schaftlichen, sondern auch vom nationalen Stand-
punkt aus zu betrachten.

Eine Reichsreform und vor allem die Neuordnung des
Verhältnisses zwischen Reich und Preußen seien unbedingt
notwendig. Eine starke Regierung müßte jetzt hierfür einen
Reformvorschlag vorlegen, denn heute noch wirken in der
Verwaltung tausend Kräfte neben und gegeneinander.

Die Bemühungen zur Sammlung des Bürgertums
müssen energisch weiter betrieben werden. Seine Partei sei
unter Umständen bereit, in ein größeres Ganzes aufzugehen.

Thüringen gibt nicht nach.

Weimar. Das thüringische Kabinett hat am Montag-
nachmittag einstimmig beschlossen, auf seinem bisherigen
Standpunkt zu beharren und dem Ersuchen des Reichsinnen-
ministers auf Zurücknahme des Beschlusses über die An-
stellung der Polizeidirektoren im Sinne der Be-
anstaltung des Reichsinnenministers nicht zu entsprechen.
Sollte der Herr Reichsinnenminister daraufhin die Polizei-
zuschüsse sperren, so wird der Staatsgerichtshof angerufen
werden. — In der Frage der Schulpflicht hat das Reich
bereits den Staatsgerichtshof angerufen. Die Verhandlungen
mit der Kirche und den in Betracht kommenden Organi-
sationen in Thüringen werden unabhängig davon fortgesetzt
werden.

Lardieu große politische

Programmrede.

Paris. Am Sonntag hielt der französische Minister-
präsident Lardieu in Dijon die angekündigte große
politische Programmrede über die Erfolge der Innen-,
Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik seines Kabinetts. Er
betonte eingangs, daß seine politischen Ziele seit dem No-
vember vollkommen festgelegt gewesen seien. Bei seinem
Regierungsantritt seien die verschiedensten Fragen, darunter
die Regelung der deutschen Kriegsschulden,
noch nicht gelöst gewesen. Abgesehen von der militärischen
Sicherheit habe damals die einzige Sicherheit gegenüber
Deutschland darin bestanden, daß Deutschlands Kredit mit
seinen Schuldverpflichtungen verflochten war. Jetzt sei aber
auch die Höhe der deutschen Reparationsertrages festgelegt.
In Kürze würde die Mobilisierung der ersten Tranche er-
folgen, und in die französische Staatstasse würden über
100 Millionen Dollar fließen.

Wenn am 30. Juni mit der geziemenden Würde, ohne
Eile, aber auch ohne Verzögerung, entsprechend dem von
den französischen Militärbehörden aufgestellten Programm
die dritte Rheinlandzone geräumt sein werde,
werde der Young-Plan nicht nur rechtlich, sondern auch
tatsächlich in Kraft sein,
und die finanziellen Garantien, die Frankreich fehlten, als
das Kabinett Lardieu die Regierung übernahm, würden
Geltung haben.

Anschließend charakterisierte der Ministerpräsident die
neue staatspolitische Idee seiner Regierung im Gegensatz zu
den überlebten Doktrinen des Liberalismus und des
Marxismus. Es gelte, die Autorität des Staates angesichts
der Tatsache, daß man heute immer mehr vom Staate ver-
lange und ihm immer weniger zu dienen gewillt sei, zu
festigen.

